



Presseinformation

Nr. 25.239

23.09.2025

Nationale Zuckersteuer nach britischem Vorbild einführen

Die CDU Schleswig-Holstein hat am Wochenende im Rahmen der „Rendsburger Erklärung“ ihre Zustimmung zur Einführung einer Zuckersteuer bekanntgegeben. Bislang war die Bundes-CDU strikt gegen die Erhebung einer Zuckersteuer auf nationaler Ebene. Dazu sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jasper Balke**:

Ich freue mich über den Kurswechsel der CDU beim Thema Zuckersteuer. Wir Grüne haben auf unserem Parteitag Mitte 2024 bereits einen klaren Beschluss zur Einführung einer nationalen Zuckersteuer nach britischem Vorbild beschlossen. Leider musste sich Schleswig-Holstein aufgrund eines anderslautenden Votums der CDU bei einer gemeinsamen Länderinitiative über den Bundesrat noch enthalten.

Dass wir die CDU Schleswig-Holstein in Zukunft bei so einer wichtigen Maßnahme an unserer Seite wissen können, begrüße ich, ist aber auch längst überfällig. Seit Jahren ist bekannt, dass die im Jahre 2018 in Großbritannien eingeführte Zuckersteuer auf zuckerhaltige Getränke den Zuckerkonsum insbesondere bei Kindern und Jugendlichen drastisch reduziert. Dies führt zu weniger Krankenhausaufenthalten und senkt das Risiko für die Entstehung von Adipositas, Diabetes, Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen.

Wir Grüne setzen uns deshalb schon seit Längerem dafür ein, die Zuckersteuer nach britischem Vorbild als wissenschaftlich belegtes Erfolgsmodell zur Reduktion von Zuckerkonsum und zur Prävention von Folgeerkrankungen in unsere landeseigene Präventionsstrategie in Schleswig-Holstein und den damit verbundenen Einsatz über den Bundesrat auf Bundesebene aufzunehmen.

Die Einführung einer Zuckersteuer spart wissenschaftlich belegt in unserem Gesundheitssystem nicht nur Kosten ein, sondern erwirtschaftet auch Mittel für den Staatshaushalt. Großbritannien hat allein durch die Zuckersteuer im Jahr 2022/2023 über 400 Millionen Euro eingenommen.

Die Einnahmen in Deutschland sollten gezielt dazu genutzt werden, das Präventionsgesetz auf Bundesebene zu novellieren und durch die neu vorhandenen Mittel aufzustocken, um präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen gesetzlich

zu verankern. Schleswig-Holstein kann mit der neuen politischen Mehrheit für mehr Prävention und Gesundheitsförderung im ganzen Bundesgebiet über eine entsprechende Länderinitiative Vorreiter werden, diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de